

Merkblatt für Abfallbewirtschafter

1. Allgemeine Informationen

Für Entscheidungen und Maßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG), des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG) sowie der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen sind in Niedersachsen grundsätzlich die unteren Abfallbehörden zuständig, soweit nicht Abweichendes bestimmt ist (vgl. § 42 Abs. 1 NAbfG).

Umfasst sind davon sowohl die allgemeine Überwachung nach § 47 Abs. 1 KrWG als auch die noch einmal besonders ausgestaltete Überwachung nach § 47 Abs. 2 KrWG. Nach der letztgenannten Vorschrift überprüft die zuständige Behörde in regelmäßigen Abständen und in angemessenem Umfang Erzeuger gefährlicher Abfälle, Anlagen und Unternehmen, die Abfälle entsorgen, sowie Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen.

Die Überwachung erstreckt sich auf den gesamten Bereich der Abfallbewirtschaftung. Dies sind die Bereitstellung, die Überlassung, die Sammlung, die Beförderung, die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen, einschließlich der Überwachung dieser Verfahren, der Nachsorge von Beseitigungsanlagen sowie der Tätigkeiten, die von Händlern und Maklern vorgenommen werden (§ 3 Abs. 14 KrWG). Mithin ist die Stadt Braunschweig als zuständige untere Abfallbehörde befugt, alle Phasen des Umganges mit Abfällen vom Beginn seiner Entstehung bis zu seinem Ende zu überwachen. Von der Überwachung erfasst werden alle Gegenstände, die den Abfallbegriff im Sinne des § 3 Abs. 1 bzw. 4 KrWG erfüllen.

Die Überwachung umfasst die Kontrolle, ob die gesetzlichen Pflichten eingehalten werden. Dies schließt die Prüfung sämtlicher für die Entsorgung von Abfällen relevanten öffentlich-rechtlichen Vorschriften einschließlich des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts ein. Sie erfolgt nicht nur aus gegebenem Anlass (z.B. bei Verdacht von Verstößen), sondern obliegt den unteren Abfallbehörden insbesondere nach § 47 Abs. 2 KrWG unabhängig von bestimmten auslösenden Ereignissen. Kontrollen können jederzeit und unangemeldet erfolgen.

Im Rahmen der Überwachung konkretisiert § 47 Abs. 3 KrWG unter anderem gegenüber Erzeugern und Besitzern von Abfällen sogenannte Mitwirkungs- und Duldungspflichten. Die genannten Personen sind danach beispielsweise zur Erteilung von Auskünften, zur Gestattung des Betretens von Grundstücken sowie zur Duldung der Vornahme bestimmter Handlungen verpflichtet.

Die Überwachungsbefugnisse im Sinne des § 47 KrWG stehen den zuständigen Behörden kraft Gesetzes zu. Ihre Anwendung und Durchführung gegenüber den Verpflichteten, insbesondere Verfügungsbefugten betroffener Grundstücke, ist deshalb als sogenanntes schlicht hoheitliches Verwaltungshandeln - anders als sogenannte Verwaltungsakte - nicht anfechtbar.

Das in § 47 Abs. 3 Satz 2 KrWG normierte Betretungsrecht, das sich sowohl auf Grundstücke, Geschäfts- und Betriebsräume sowie auch auf Wohnräume erstreckt, schränkt das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Grundgesetz) ein. Für das Betreten der Geschäfts- und Betriebsräume zu den üblichen Geschäftszeiten – bei Gefahr im Verzuge jederzeit – ist weder das Vorliegen einer dringenden Gefahr noch sonstiger Anhaltspunkte für Verstöße gegen abfallrechtliche Bestimmungen erforderlich. Einer vorherigen Anmeldung hierzu bedarf es nicht. Ebenso setzt der Beginn der Überwachung die Anwesenheit des Auskunftspflichtigen (z.B. Abfallbesitzer) nicht voraus.

Die gesetzlich festgelegte Gestattung des Betretens von Grundstücken und Räumen verlangt vom Verantwortlichen mehr als die nur passive Duldung. Die Bestimmung errichtet vielmehr eine allgemeine aktive Mitwirkungspflicht, welche zum Beispiel in der Beseitigung von Hindernissen, in der

Zuweisung betriebsangehöriger Arbeitskräfte, in der Bereitstellung von Werkzeugen oder Ähnlichem liegen kann.

Gemäß § 47 Abs. 5 KrWG i. V. m. § 55 der Strafprozessordnung besteht für nach den vorstehend genannten Vorschriften Auskunftspflichtige ein Auskunftsverweigerungsrecht, soweit sie sich oder naher Angehörige durch die Auskunft der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung oder eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würden. Die Erfüllung der Mitwirkungspflichten darf hingegen nicht verweigert werden.

Für Überwachungsmaßnahmen nach § 47 Abs. 2 KrWG können Gebühren erhoben werden. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Zeitaufwand der Maßnahmen. Die Gebührenfestsetzung erfolgt aufgrund der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) - Tarif-Nr. 2.1.29 - in Verbindung mit §§ 1 Abs. 1, 3 Abs. 1, 9 Abs. 1 und § 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetz (NVwKostG).

2. Hinweise zu den abfallrechtlichen Bestimmungen

Gemäß Anlage der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) sind die Abfälle den mit einem sechsstelligen Abfallschlüssel und der Abfallbezeichnung gekennzeichneten Abfallarten zuzuordnen. Die Abfallarten im Abfallverzeichnis, deren Abfallschlüssel mit einem Sternchen (*) versehen sind, sind gefährlich. Diese Abfälle sind daher besonders geeignet Mensch und Umwelt wesentlich negativ zu beeinträchtigen.

Aufgrund der Gefährlichkeit sind entsprechende Abfälle nachweis- und registerpflichtig. Gemäß § 49 Abs. 1 KrWG enthält das Register vor allem Angaben über die Menge, die Art und den Ursprung sowie den weiteren Verbleib der gefährlichen Abfälle. Diese Pflicht besteht nach § 49 Abs. 3 KrWG auch für Erzeuger und Beförderer gefährlicher Abfälle, die im Rahmen Ihrer wirtschaftlichen Unternehmung tätig sind. Gemäß § 49 Abs. 4 KrWG sind die Register auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen oder Angaben aus diesen Registern mitzuteilen.

Gemäß § 50 Abs 1 KrWG haben Erzeuger, Besitzer, Sammler, Beförderer und Entsorger von gefährlichen Abfällen sowohl der zuständigen Behörde gegenüber als auch untereinander die ordnungsgemäße Entsorgung gefährlicher Abfälle nachzuweisen.

Gemäß § 24 Abs. 3 Nachweisverordnung (NachwV) werden Kleinmengen gefährlicher Abfälle durch das Abheften von Übernahmescheinen getrennt nach Abfallart und in zeitlicher Reihenfolge dokumentiert. Kleinmengenerzeuger ist der Betrieb, wenn im Kalenderjahr insgesamt weniger als 2 t gefährliche Abfälle entsorgt werden (vgl. § 2 Abs. 2 NachwV). Auf die §§ 12 und 16 NachwV wird verwiesen.

Für nicht gefährliche Abfälle gilt der Grundsatz, dass diese nicht nachweis- und registerpflichtig sind. Auch wenn keine gesetzliche Verpflichtung besteht, sollten Abfallerzeuger auch die Abgabe der nicht nachweispflichtigen Abfälle in geeigneter Form dokumentieren.

Gemäß § 53 Abs. 1 KrWG ist die Beförderung von Abfällen bei der zuständigen Behörde anzuzeigen. Zuständig ist die Behörde des Landes, in dem der Anzeigende seinen Hauptsitz hat. Eine Anzeigepflicht besteht, sobald die Beförderung regelmäßig und gewöhnlich erfolgt sowie bei einer Mengenüberschreitung von 20 t/a nicht gefährliche Abfälle bzw. 2 t/a gefährliche Abfälle. Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 Anzeige- und Erlaubnisverordnung (AbfAEV) sind Beförderungen von gefährlichen Abfällen im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen von der Erlaubnispflicht nach § 54 KrWG ausgenommen.